

„Ärzte sprechen mit Ärzten“

KÖLN. Die VII. gemeinsame wissenschaftliche Tagung der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft für Medizin und der Chinesisch-Deutschen Gesellschaft für Medizin (Vorstand siehe Foto) unter dem Motto „Ärzte sprechen mit Ärzten“ findet vom 7. bis 9. Oktober 1992 in der alten Kaiserstadt Nanjing/Volksrepublik China statt. Das Programm umfaßt 102 Vorträge und Referate deutscher und chinesischer Autoren; zusätzlich werden Lehr- und Fortbildungsfilme für junge Ärzte sowie Krankenschwestern und -pfleger angeboten. Zum Kongreß werden etwa 350 Ärzte aus China und rund 70 Ärzte aus Deutschland erwartet.

► Interessenten wenden sich bitte an die Geschäftsstelle, Dipl.-Kfm. Renate Hess, Herbert-Lewin-Straße 5, W-5000 Köln 41, Tel: 0221/40 04-2 38. WZ

Kammer Westfalen-Lippe: Ärzte sind keine Kostentreiber

MÜNSTER. Dr. Rüdiger Fritz, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe (ÄKWL), übte vor Journalisten Kritik an den Sparvorschlägen des neuen Bundesgesundheitsministers Horst Seehofer (CSU). Es werde wieder einmal der untaugliche Versuch unternommen, zu Lasten der Patienten reine Kostendämpfung zu betreiben. Eine „Kostenexplosion“ habe jedoch keineswegs stattgefunden. Und auch die Diffraktionierung der Niedergelassenen und der Krankenhausärzte als „Kostentreiber“ werde durch Wiederholung nicht zur Wahrheit.

Ein weiteres Thema der Pressekonferenz war die Substitution Heroinabhängiger mit Methadon. Bereits im vergangenen Jahr, so berichtete Vizepräsident Dr. Ingo Flenker, habe die Kammer-



Vorstand und Wissenschaftlicher Beirat der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft für Medizin (von links, teilweise verdeckt): Prof. Dr. Manfred Blank (Essen), Dr. Karsten Vilmar (Bremen), Prof. Dr. Günther Klotz (Ulm), Prof. Dr. Wilhelm-Wolfgang Höpker (Hamburg), Prof. Dr. Fritz H. Kemper (Münster), Renate Hess (Köln), Prof. Dr. Paul Ulrich Unschuld (München), Prof. Dr. Joachim Wolfram Dudenhausen (Berlin), Dr. Erhard Effer (Köln), Prof. Dr. Toni Graf-Baumann (Freiburg).

Foto: Deutsch-Chinesische Gesellschaft

versammlung der ÄKWL unterstrichen, daß die Verordnung von L-Polamidon in der Behandlung Heroinabhängiger in begründeten Fällen durchaus gerechtfertigt sein kann, und zwar auch außerhalb des in Nordrhein-Westfalen laufenden Erprobungsvorhabens der Landesregierung.

Seit Juni vergangenen Jahres arbeitet bei der ÄKWL eine Beratungskommission „Medikamentengestützte Rehabilitation intravenös Drogenabhängiger mit Methadon“. Diese Beratungskommission, die aus vier Ärztinnen und Ärzten sowie einem Mitarbeiter der Drogenhilfe besteht, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Rechtssicherheit zu schaffen sowie Betroffene und Ärzte bei der Indikationsstellung, dem Therapieplan und der Sicherstellung der psychosozialen Betreuung zu beraten. Die Arbeit der Kommission ist auf große Resonanz gestoßen. AD

Hebamme darf Vorwürfe wiederholen

ERFURT. Die Hebamme Christine Hersmann darf bis auf weiteres wieder öffentlich behaupten, daß in der Erfurter Frauenklinik zu DDR-Zeiten Frühgeborene unter 1000 Gramm Lebendgewicht mit schwachen Lebenszeichen nicht ausreichend medizinisch versorgt und in Wassereimern ertränkt worden seien. Das hat die Frankfurter Rundschau kürzlich be-

richtet. In einem Zivilprozeß um die angeblichen Tötungen ist damit das Krankenhaus unterlegen.

„Mit dem Urteil wurde eine einstweilige Verfügung des Kreisgerichts Erfurt aufgehoben, mit der der Hebamme die Vorwürfe untersagt worden waren“, erinnert die Tageszeitung. Im Zivilprozeß hatten verschiedene Zeugen die Aussagen von Christine Hersmann gestützt. th

Rahmenkonzept Geriatrie beschlossen

BERLIN. Der Senat von Berlin hat ein „Geriatrie-Rahmenkonzept“ beschlossen. Dieses soll dazu beitragen, „Lücken in der Kooperation der Betreuungssysteme und in der Versorgungsstruktur herauszuarbeiten und zu schließen“. Die Förderungs- und Unterstützungsangebote in Berlin sollen neu geregelt, ausgebaut und dem veränderten Bedarf angepaßt werden. Insbesondere geht es auch darum, das Betreuungssystem für ältere, geriatrische Patienten im Ostteil der Stadt umzubauen.

Die inhaltlichen Leitlinien des Senatskonzepts: Förderung der Selbständigkeit der älteren Menschen; geriatrische Behandlung und Pflege im stationären und ambulanten Bereich; vermehrte Einrichtung teilstationärer Dienste; Verbesserung der Versorgung pflegebedürftiger Bewohner in Heimen und koordiniertes Zusammenwirken aller Dienste.

Ein weiterer zentraler Punkt des Konzeptes ist die Integration der Rehabilitation in der Ausgestaltung der Altenpolitik. Die Betreuung älterer Menschen soll als eine „ganzheitliche Aufgabe“ wahrgenommen werden, heißt es in einer Erklärung von Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD).

Die zusätzlich erforderlich werdenden finanziellen Mittel sollen, so das Konzept, in erster Linie durch eine Umverteilung bisheriger Ausgaben für die gesundheitliche und soziale Versorgung älterer Bürger aufgebracht werden. HC

Ärzte unterstützen die Komitees für Gerechtigkeit

BERLIN. Den Appell zur Gründung von Komitees für Gerechtigkeit haben auch einige Ärzte unterschrieben. Das geht aus der Liste der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner hervor. Zu ihnen gehören Prof. Dr. Peter Althaus, Urologe am evangelischen Krankenhaus Königin Elisabeth, Berlin; Prof. Dr. Horst Klinkmann, Nephrologe an der Universität Rostock, letzter Präsident der Akademie der Wissenschaftler der DDR; sowie Prof. Dr. Hansjürgen Matthies, Hirnforscher an der Medizinischen Akademie in Magdeburg.

Prof. Althaus war erst Mitte Juni vom Vorwurf der Stasi-Mitarbeit entlastet worden. Rund ein Jahr zuvor war dem damaligen Leiter der urologischen Abteilung der Charité deswegen gekündigt worden.

Die Komitees für Gerechtigkeit sollen nach dem Willen ihrer geistigen Mütter und Väter dazu beitragen, daß „die Ostdeutschen ... ihre Interessen selber aussprechen und wahrnehmen.“ Viele Menschen in den neuen Bundesländern fühlten sich „nach ihrer Hochstimmung im Jahr 1990 als Menschen zweiter Klasse“. th